

V1020/22

-Dringlicher Ergänzungsantrag zu V0301/22/1, der CSU-Stadtratsfraktion vom 07.12.2022-

Stadtrat vom 08.12.2022

Der Ergänzungsantrag der Stadtratsgruppe DIE LINKE V1018/22, der Änderungsantrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen V1008/22, der Ergänzungsantrag der CSU-Stadtratsfraktion V1020/22 und die überarbeitete Beschlussvorlage der Verwaltung V0301/22/2 werden gemeinsam diskutiert und behandelt.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf stellt zu Beginn die Lebensgeschichte eines heute als Gast Anwesenden dar. Dieser sei in Ingolstadt geboren, aufgewachsen und lebe bis heute in der Stadt. Weiter teilt Oberbürgermeister Dr. Scharpf mit, dass ihm erst im späten Alter mitgeteilt worden wäre, woran sein Bruder in jungen Jahren verstorben sei. Dieser sei zusammen mit 36 anderen Ingolstädter Kindern des Euthanasieprogramms unter dem NS-Regime gewesen. Oberbürgermeister Dr. Scharpf bekräftigt, dass es heute vielmehr darum gehe, Bürgern, die sich an den Verbrechen in der NS-Zeit schuldig gemacht haben, posthum die Ehrenbürgerwürde zu entziehen. Juristisch würde die Ehrenbürgerwürde mit dem Tod der geehrten Person zwar erlöschen, deshalb möge man aber von Seiten der Stadt ein politisches Signal senden. Oberbürgermeister Dr. Scharpf bringt vor, dass die Stadt Ingolstadt seit vielen Jahren um Aufarbeitung des Nationalsozialismus und des Gedenkens der Opfer bemüht sei. Zudem sei eine Projektgruppe „Opfer des Nationalsozialismus“ im Stadtarchiv errichtet worden. Jedoch habe man bisher die Aufarbeitung vom Thema Ehrenbürgerwürde im Zusammenhang mit der NS-Zeit vernachlässigt. Gerade in diesen Zeiten, so fährt Oberbürgermeister Dr. Scharpf fort, in denen totalitäre Regime wie Russland und China, die Systemfrage stellen und zusammen mit demokratiefeindlichen Allianzen den Werte-Kanon westlicher Demokratien angreifen, wäre ein guter Zeitpunkt sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen. Oberbürgermeister Dr. Scharpf hält es somit für richtig, die eigene freiheitliche Demokratie gegen antidemokratische Tendenzen offensiv zu verteidigen. Beschämend habe man zur Kenntnis genommen, dass bis jetzt Personen wie Adolf Hitler und Ernst Röhm, in der veröffentlichten Auflistung der Ehrenbürger der Stadt Ingolstadt geführt würden. Hierfür gebe es zusätzlich einen Änderungsantrag zu Paul von Hindenburg. Außerdem bedauert Oberbürgermeister Dr. Scharpf, dass 77 Jahre nach dem Ende des NS-Regimes immer noch die Auseinandersetzung mit der NS-Gewaltherrschaft und das politische Symbol zur Distanzierung fehle. Gerade durch die Verleihung der Ehrenbürgerwürde an Herrn Josef Listl und Herrn Wilhelm Reissmüller durch den demokratisch gewählten Stadtrat in den 60er und 70er Jahren ergebe sich eine gewisse Komplexität. Die Schwierigkeit bei Herrn Josef Listl bestehe darin, so Oberbürgermeister Dr. Scharpf, dass sein Wirken in 40 Jahren politischen Handels in drei Systemen, von der Weimarer Republik über das NS-Regime bis hin zu den Zeiten der Bundesrepublik, liege. Für viele wäre ein Entzug der Ehrenbürgerwürde nach Sichtung der vorliegenden Fakten naheliegend, jedoch hätten einige auf Grund der bereits angesprochenen Komplexität im Zusammenhang mit der Verleihung durch den ehemaligen Stadtrat für ein historisches Gutachten geworben, sodass eine Entscheidung erst nach Vorliegen einer umfassenden historischen Aufarbeitung erfolgen soll. Für Oberbürgermeister Dr. Scharpf sei es gleichzeitig unerträglich, dass es Bilder gebe, die den ehemaligen Oberbürgermeister in SA-Uniform auf dem Rathausplatz zeigen würden und dieser sich durch Unterzeichnung von Dokumenten im Zusammenhang mit dem Euthanasieprogramm in die Gräueltaten des NS-Regimes verstrickt hätte. Während den letzten Wochen und Monaten sei eine intensive Diskussion darüber ausgebrochen, ob man aufgrund der vorliegenden Quellen und Fakten die Aberkennung

vorantreibe. Alternativ würde man das noch zwei Jahre in Anspruch nehmende Gutachten abwarten müssen. Schlussendlich sei man aber zum Ergebnis gelangt, dass Herr Josef Listl ein exponierter Vertreter des nationalsozialistischen Unrechtssystems sei und eine Aberkennung in der heutigen Sitzung erfolgen solle. Dazu gebe es unter anderem noch den Änderungsantrag, der vorsehe, auch Wilhelm Reissmüller in der heutigen Sitzung die Ehrenbürgerwürde zu entziehen. Oberbürgermeister Dr. Scharpf erläutert, dass er tiefsten Respekt aufgrund des ernsthaften und verantwortungsbewussten Umgangs mit der Thematik im Stadtrat habe. Er stellt unter anderem klar, dass in der Abstimmung jeder Stadtrat nur seinem Gewissen und Wissen verpflichtet sei. Desweiteren habe sich als Konsens herausgestellt, dass man ein Forschungsprojekt zur Zeit Ingolstadts im Nationalsozialismus beauftragen wolle, welches unter anderem auch einen Blick auf den Umgang mit der NS-Vergangenheit in der Nachkriegszeit legen solle. Vor der Abstimmung betont Oberbürgermeister Dr. Scharpf eindrücklich, dass sich die Stadt Ingolstadt diesem wichtigen Thema der Geschichte stellen müsse und die dafür notwendigen Konsequenzen in der heutigen Sitzung ziehen werde. Oberbürgermeister Dr. Scharpf schlägt eine getrennte Abstimmung der einzelnen Ziffern vor und weist daraufhin, dass Ziffer 1 diejenigen Personen beinhalte, denen die Ehrenbürgerwürde während der NS-Zeit verliehen worden sei. Weiter gebe es einen Antrag auf getrennte Abstimmung, in dem die Person Paul von Hindenburg getrennt abgestimmt werden solle.

Sodann ergeht folgende Beschlussfassung:

Abstimmung über den **Ergänzungsantrag der CSU-Stadtratsfraktion V1020/22**, mit der Maßgabe, dass der Person Paul von Hindenburg die Ehrenbürgerwürde nicht entzogen wird: Gegen 5 Stimmen abgelehnt.

Mit allen Stimmen:

1. Personen, denen während der Zeit des Nationalsozialismus die Ehrenbürgerwürde verliehen wurde, wird diese postum aberkannt. Es handelt sich um Adolf Hitler, Paul von Hindenburg, Ernst Röhm, Adolf Wagner, Franz Ritter von Epp, Ludwig Liebl und Friedrich Schott.

Abstimmung über den **Änderungsantrag der Stadtratsgruppe DIE LINKE V1018/22**, mit der Maßgabe, der Person Wilhelm Reissmüller die Ehrenbürgerwürde sofort abzuerkennen: Gegen 2 Stimmen (der Stadtratsgruppe DIE LINKE) abgelehnt.

Mit allen Stimmen:

2. Dr. Josef Listl und Dr. Wilhelm Reissmüller wurde die Ehrenbürgerwürde nach 1945 von einem demokratisch gewählten Stadtrat verliehen. Beide sind jedoch durch die Zeit des Nationalsozialismus belastet. Dr. Josef Listl soll die Ehrenbürgerwürde als exponiertem Vertreter des nationalsozialistischen Herrschaftssystems auf lokaler Ebene direkt posthum aberkannt werden. Über die Ehrenbürgerwürde von Dr. Wilhelm Reissmüller soll nach Vorliegen eines Gutachtens entsprechend Beschlusspunkt 3 vom Stadtrat entschieden werden.

Mit allen Stimmen:

3. Zur vertieften Untersuchung Ingolstadts im Nationalsozialismus, insbesondere dem Agieren der städtischen und staatlichen Organe, soll eine Untersuchung in Auftrag gegeben werden. Diese Untersuchung soll auch das Handeln von Dr. Listl und Dr. Reissmüller besonders betrachten und die Biographien beider in die Untersuchung einbeziehen. Die Vergabe der Untersuchung erfolgt durch eine beschränkte Ausschreibung.